

## „Europa, Internationales und Frieden“

### Frieden

Krisenprävention, Dialogbereitschaft und Entspannungspolitik

*„Von deutschen Boden darf niemals wieder Krieg ausgehen.“ (Willy Brandt)*

*„Die Regierungen der BRD und der DDR bekräftigen ihre Erklärungen, dass von deutschem Boden nur Frieden ausgehen wird [und] ... dass das vereinte Deutschland keine seiner Waffen jemals einsetzen wird, es sei denn in Übereinstimmung mit seiner Verfassung und der Charta der Vereinten Nationen.“  
(2+4-Vertrag von 1990 als Voraussetzung der deutschen Einheit)*

Die Welt, in der wir leben, ist in den vergangenen Jahren nicht friedlicher geworden. Obwohl die rot-grüne Bundesregierung schon 2004 den „Aktionsplan zivile Krisenprävention“ beschlossen hat und sinnvolle Gremien, wie etwa den „Ressortkreis zivile Krisenprävention“ gegründet hat, herrscht auch in der deutschen Politik bei der Konfliktbearbeitung nach wie vor ein Missverhältnis zwischen militärischen und zivilen Instrumenten zugunsten der militärischen Mittel. Konflikte bahnen sich über einen langen Zeitraum an. Sie finden jedoch nach wie vor viel zu oft erst dann Beachtung, wenn es für eine nichtmilitärische Lösung schon zu spät scheint. Die internationale Schutzverantwortung (RtoP) gebietet es, Menschen, die von ihrer eigenen Regierung nicht geschützt werden können, zu helfen. Das kann am sinnvollsten durch präventive und zivile Maßnahmen geschehen.

Die Militärinterventionen der letzten Jahre haben gezeigt, dass die Anwendung von Gewalt oft mehr Schaden als Nutzen mit sich bringt: In Afghanistan werden die Taliban stärker, der Irakkrieg 2003 hat den Boden für den sogenannten Islamischen Staat bereitet, und auch in Libyen, wo die NATO 2011 eingegriffen hatte, fasst er Fuß.

*Missverhältnis zwischen zivilen und militärischen Mitteln abbauen*

Trotzdem ist die militärische Logik nach wie vor zu stark präsent. Das zeigt sich etwa im Umgang mit Russland nach der Annexion der Krim und den Auseinandersetzungen in der Ostukraine. Statt auf Entspannung und Dialog setzen die NATO-Staaten auf Abschreckung, indem sie Truppen an die Grenze zu Russland verlegen.

Die NATO wurde als Verteidigungsbündnis im Kalten Krieg gegründet. Nachdem der Ost-West-Konflikt inzwischen mehr als 30 Jahre beendet ist, gilt es, die NATO als Bündnis der kollektiven Verteidigung zu überdenken. Wir brauchen ein System der kollektiven Sicherheit, nicht der geteilten Sicherheiten.

*System der kollektiven  
Sicherheit ist nötig*

Um Frieden zu erreichen, muss auch die Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit der Vereinten Nationen in politischen, wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Fragen gestärkt werden.

#### **Deshalb fordern wir**

- **Um dem Konflikt in der Ostukraine mit Russland zu begegnen sollte eine europäische Friedenskonferenz einberufen werden. Die Entspannungspolitik muss wiederbelebt werden.**
- **Die Mittel für Friedensförderung und Konflikttransformation sind aufzustocken.**
- **Im Auswärtigen Amt ist ein permanenter Arbeitsstab einzurichten, der Länder- und Konfliktanalysen erstellt und deren Monitoring übernimmt.**
- **Frühwarnsysteme und die sogenannte „early action“ müssen vorgebracht werden.**
- **Deutschland muss seiner internationalen Schutzverantwortung gegenüber von Genozid bedrohten Menschen von allem durch Prävention und zivile Maßnahmen mit mehr Nachdruck insbesondere durch ihren Einfluss auf verbündete Staaten nachkommen.**
- **Wir streben langfristig eine inklusive Sicherheitsarchitektur für ganz Europa an, die die NATO perspektivisch überflüssig macht.**

- **Die Stärkung der UNO**
- **Auslandseinsätze der Bundeswehr darf es nur mit UN-Mandat geben.**
- **Die US-amerikanischen Atomwaffen sollen aus Deutschland abgezogen werden.**
- **Die Wehrpflicht soll nicht nur ausgesetzt, sondern abgeschafft werden.**

### Eine gerechte Weltwirtschaftsordnung

Krisenprävention hängt eng mit Entwicklungspolitik zusammen. Denn Frieden und Entwicklung bedingen einander. Frieden braucht Entwicklung und Entwicklung braucht Frieden. Konflikte sind oft strukturelle Ursachen zurückzuführen – wie etwa auf Armut, ungleiche Handelschancen, Auslandsverschuldung, ungleichen Zugang zu lebenswichtigen Ressourcen oder Unterdrückung von Minderheiten.

Trotz dieser Erkenntnisse tun weder Deutschland, noch die EU, noch die Industriestaaten insgesamt genug, um der globalen Ungleichverteilung wirksam zu begegnen. Im Gegenteil tragen sie ihren Teil dazu bei, das Nord-Süd-Gefälle aufrecht zu erhalten. Nach wie vor wird auf Kosten anderer Länder etwa in Afrika oder Asien produziert, werden etwa Fischer vor der Afrikanischen Küste aufgrund der Überfischung durch „westliche“ Fangflotten ihrer Lebensgrundlage beraubt. Die EU trägt mit ihren ungerechten Handelsabkommen gegenüber afrikanischen Staaten dazu bei, die Armut in diesen Ländern zu zementieren. Die konsequente Umsetzung der 17 Sustainable Development Goals (SDGs) kann dazu beitragen, nicht nur die weltweite Armut zu bekämpfen, sondern würde auch umwelt- und klimaverträgliches Wirtschaften ermöglichen.

*Armut reduzieren, um Frieden zu fördern*

*Globales Nord-Süd-Gefälle abbauen*

### Deshalb fordern wir

- **Die Schaffung einer gerechten Weltwirtschaftsordnung, in der den Schwellen- und Entwicklungsländer die**

**Handelsbedingungen nicht diktiert werden, sondern in der wir auf Augenhöhe miteinander fairen Handel treiben,**

- **Handelsabkommen, die den Interessen des globalen Südens gerecht werden,**
- **Den Abbau sozialer Ungleichheit zwischen Nord und Süd,**
- **Die Minderung der weltweiten Armut,**
- **Die Aufstockung der Mittel für Entwicklungshilfe auf 0,7 Prozent des BIP. Entwicklungshilfezahlungen sollen außerdem vollständig von der Rückzahlungspflicht befreit werden.**
- **Die Bundesregierung soll die SDGs national umsetzen und sich auf internationaler Ebene für deren Einhaltung einsetzen.**

*Mehr für Entwicklungshilfe und Armutsvermeidung tun*

#### Rüstungsexporte und Abrüstung

Waffen bringen häufig in internationalen Konflikten keine Eindämmung von Gewalt, sondern führen eher zu einer weiteren Eskalation. Am tödlichsten ist hier der Einsatz von Kleinwaffen, weshalb sie auch oft als Massenvernichtungswaffen bezeichnet werden.

Die Existenz von Massenvernichtungswaffen in einem Land birgt die Gefahr von Rüstungsspiralen, da sie in nicht-verbündeten Ländern ein Gefühl der Unsicherheit hervorrufen. Diese gefühlte Bedrohung führt zu dem Bestreben, ebenfalls Massenvernichtungswaffen besitzen zu wollen. Je mehr ABC-Waffen es gibt, desto größer ist die Gefahr, dass diese tatsächlich angewendet werden.

*Massenvernichtungswaffen reduzieren und langfristig abschaffen*

Nach wie vor ist Deutschland drittgrößter Exporteur von Rüstungsgütern. Und nach wie vor werden Kriegsgeräte auch in Krisengebiete geliefert. Der Deutsche Bundestag wird über diese Exporte zu spät informiert. Eine Debatte im Parlament findet erst dann statt, wenn die das Genehmigungsverfahren schon so weit vorangeschritten ist, dass bestimmte Ressorts sich scheuen, die Ausfuhrerlaubnis zurückzuziehen, weil sie milliardenschwere Schadensersatzforderungen der Unternehmen fürchten.

Aktuell sollen dem Parlament nur endgültige Entscheidungen des Bundessicherheitsrates vorgelegt werden. Der Bundessicherheitsrat befasst sich allerdings nur mit 80 bis 100 von insgesamt 16.000 Ausfuhrgenehmigungen. Wenn der Bundestag allerdings schon über Voranfragen beraten würde, könnte die damit hergestellte Transparenz die Regierungen bei der Erteilung von Genehmigungen vorsichtiger agieren lassen.

*Bundestag über Waffenexporte entscheiden lassen*

Die Federführung bei der Entscheidung über Waffenexporte obliegt nach wie vor dem Wirtschaftsministerium. Rüstungsexporte sind aber kein Mittel der Wirtschafts- sondern der Außenpolitik. Es handelt sich um Entscheidungen, die das Thema Krieg und Frieden betreffen. Daher ist die Zuständigkeit beim Auswärtigen Amt anzusiedeln. In diesem Ministerium gibt es die notwendigen Kompetenzen, um die Auswirkungen von Rüstungsexporten ganzheitlich beurteilen zu können. Wirtschaftsinteressen dürfen bei Fragen von Rüstungsexporten keine Rolle spielen. Nur wenn wir von Anfang an Transparenz herstellen und ergebnisoffen über Waffenausfuhren diskutieren, werden künftige Bundesregierungen verantwortungsvoll agieren.

#### **Deshalb fordern wir**

- **Den Stopp von Waffenexporten. Sollte dies nicht umgesetzt werden**
  - **dürfen zumindest keine Rüstungsgüter in Krisengebiete geliefert werden. Außerdem ist eine Positivliste der Länder zu erstellen, in die keine Waffen geliefert werden.**
  - **muss die Regierung schon im Vorfeld von Entscheidungen über Rüstungsexporte – auch über Voranfragen – für Transparenz zu sorgen. Der Bundestag muss entsprechend bereits über Voranfragen informiert werden.**

*Deutschland muss auch in der Rüstungsexportpolitik seiner internationalen Verantwortung gerecht werden*

- **muss die Entscheidung über die Genehmigung von Rüstungsexporten beim Auswärtigen Amt und nicht beim Wirtschaftsministerium liegen.**
- **sind die von Rot-Grün geschaffenen Exportrichtlinien einzuhalten.**
- **müssen alle Waffenexporte vom Deutschen Bundestag genehmigt werden.**
- **Die internationale Ächtung der ABC-Massenvernichtungswaffen muss praktisch durch planmäßig schrittweise Reduzierung umgesetzt werden.**
- **Der Rüstungsetat soll maximal um die Inflationsrate erhöht werden.**
- **Industrie- und sozialpolitische Initiativen für eine Konversion der Rüstungsindustrie.**

## **Europa**

Obwohl die neoliberale Politik seit der Finanzmarktkrise unter verstärkten Legitimationsdruck geraten ist, wird sie in Europa weiterhin politisch gefördert und durchgesetzt. Unter dieser Politik leiden Menschen vor allem in Südeuropa. Am Beispiel Griechenlands lassen sich die Auswirkungen der Austeritätspolitik deutlich beobachten. Griechenland wird von Europa doppelt belastet. Zum einen durch die unsolidarische Haltung in der Flüchtlingsfrage, zum anderen durch die Austeritätspolitik. Dadurch ist die Schuldenlast des Landes inzwischen massiv auf 180 % des BIP gestiegen.

Aber auch bei uns sind Menschen in Langzeitarbeitslosigkeit, Niedriglöhne und dauerhaft prekäre Beschäftigung abgedrängt. Die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich so weit wie noch nie.

Der durch die Austeritätspolitik beförderte Sozialabbau verstärkt Bedrohungsängste in der Arbeitnehmerschaft und begünstigt damit rechtspopulistische Stimmungen. All das ist das Gegenteil dessen, was die Menschen von einem vereinigten Europa erwarten.

*Austeritätspolitik wirkt sich destabilisierend aus*

Die konservative Europapolitik konnte die zunehmende wirtschaftliche und soziale Divergenz in der EU, vor allem in der Eurozone, nicht stoppen. So ist zum Beispiel die italienische Volkswirtschaft, die drittgrößte der Währungsunion, in den letzten sechs Jahren um durchschnittlich ca. 0,3 Prozentpunkte geschrumpft; Deutschland hingegen ist durchschnittlich um ca. 1,9 Prozentpunkte gewachsen. Das schlägt sich auch auf den Arbeitsmarkt nieder: Während hierzulande immer neue Beschäftigungsrekorde verbucht werden, verharrt die Arbeitslosenquote in Italien, aber auch in Frankreich, immer noch bei ca. 10 Prozent (ganz zu schweigen von den Quoten in Griechenland und Spanien). Diese massiven Unterschiede bergen nicht nur Sprengkraft für die Währungsunion, sondern auch hohe politische Risiken für den Zusammenhalt der Gemeinschaft.

*Wirtschaftliche und soziale  
Spaltung Europas beenden*

Deutschland hat mit dem hier – insbesondere durch der Agenda 2010 – ausgeübten Lohndruck nach unten einen Prozess der realen Abwertung deutscher Exporte durchgesetzt. Das hat zu einer Verringerung der Importe geführt und darüber der europäischen Wirtschaft geschadet. Diese ökonomische Misere wird verschärft, weil Deutschland an seinem Kurs einer überzogenen Exportorientierung festhält und damit die anderen Länder zur Anpassung ihrer Löhne und Sozialleistungen nach unten zwingt. Die Schuldenbremse blockiert darüber hinaus die staatlichen Möglichkeiten von positiven Konjunkturimpulsen über öffentliche Investitionen.

Wir brauchen eine neue Verständigung für mehr Sozialstaatlichkeit und europäische Identität. Wir fordern die Abkehr von der Austeritätspolitik in Europa und die Bereitstellung ausreichender Finanzierungsgrundlagen für die öffentliche Daseinsvorsorge. Wir brauchen eine neue Verständigung über einen nachhaltigen Fortschritt, der die Endlichkeit der Ressourcen zum Ausgangspunkt nimmt und ein qualitatives Wachstum anstrebt, welches erhöhte Lebensqualität aller Menschen durch Steigerung der Qualität von Produkten und Dienstleistungen bedeutet.

*Austeritätspolitik beenden*

Nach dem Brexit steckt die EU wohl in der größten Krise ihrer Geschichte. Dieser Krise können wir nur mit einer klaren Linie begegnen. Und dies

bedeute eine Kehrtwende hin zu einem demokratischen, sozialen und ökologischen Europa der Vielen.

#### **Deshalb fordern wir**

- Eine EU-Investitionsoffensive für erneuerbare Energien, Forschung und Bildung, Infrastrukturnetze, ökologische Landwirtschaft, Schutz der Umwelt und des Kulturerbes.
- Ein europäischer Solidaritätsfonds, um vor allem für junge Menschen neue Arbeitsplätze zu schaffen.
- Die Erhöhung der Eigenmittel des EU-Haushaltes durch Besteuerung von Finanztransaktionen und CO<sub>2</sub>-Emissionen/Die Schaffung eines Eurozonenbudgets mit der Unternehmenssteuer als gemeinsame Steuer.
- Eine Neuordnung der Finanzwirtschaft. Das heißt im Einzelnen:
  - Der Finanzsektor muss schrumpfen. Banken, die zu groß zum Sterben sind (too big to fail), darf es nicht mehr geben. Dafür braucht es u.a. höhere Eigenkapitalanforderungen für Finanzinstitute.
  - Austrocknung von Schattenbanken und Steueroasen.
  - Einführung einer europäischen Finanztransaktionssteuer. Diese Steuer muss den Handel mit Aktien, Anleihen, Devisen und Derivaten umfassen.
  - Einführung eines Finanz-TÜV. Dieser TÜV prüft Finanzprodukte auf ihren sozialen und ökonomischen Nutzen und entscheidet über ihre Zulassung.
  - Ausbau der betrieblichen Mitbestimmung und der Unternehmensmitbestimmung in der Finanzwirtschaft.
- Eine Weiterentwicklung der europäischen Integration auf dem Feld der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Ziel muss sein, wirtschaftspolitische Steuerungsinstrumente für die Eurozone zu schaffen, um die Wirtschafts- und Währungsunion



**handlungsfähiger zu machen und die wirtschaftliche und soziale Divergenz zu stoppen und umzukehren. Diese neuen Instrumente müssen demokratisch legitimiert sein. Dafür braucht es**

- **ein gemeinsames europäisches Schuldenmanagement (Euro-Bonds),**
- **eine gemeinsame Fiskalpolitik**
- **eine gemeinsame Haushaltspolitik**
- **eine gemeinsame Lohn-, Sozial- und Steuerpolitik**
- **Die Einführung von europäischen Mindeststandards für nationale Arbeitslosenversicherungen und nationale Mindestsicherung,**
- **Nichtgewählte Institutionen, wie die EU-Troika, dürfen den Mitgliedstaaten keine Politik diktieren.**

Wir schlagen vor, die wirtschaftspolitische Steuerung und demokratische Legitimität der Eurozone zu stärken. Dazu gehört ein Eurozonenbudget, das für mehr Flexibilität in der Wirtschaftspolitik sorgt. Als Grundstein für eine gemeinsame Fiskalpolitik ließe sich zunächst eine neue Haushaltslinie im EU-Budget einführen, indem die Mitglieder der Eurozone auf bisherige Zuweisungen verzichten. Dies ist auch jetzt schon ohne Vertragsänderungen möglich. Auf dieser Basis kann dann mittelfristig ein Eurozonenbudget in Höhe von ca. 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der Eurozone eingeführt werden. Es würde aus einer konjunkturabhängigen Steuer finanziert werden und Ausgaben für Infrastrukturprojekte und Budgetzuweisungen an Mitgliedstaaten vorsehen. Verwaltet werden würde dieses Budget durch einen europäischen Finanzminister, der durch einen Eurozonen-Ausschuss im Europäischen Parlament demokratisch legitimiert würde.

Um besser auf asymmetrische Schocks zu reagieren und die soziale Konvergenz zu stärken, wäre zudem ein europäisches Kurzarbeitergeld – vorzugsweise geknüpft an soziale Mindeststandards zur Stärkung der sozialen Dimension – ein geeignetes Mittel.

*Europa zu einem sozialen  
Europa für seine BürgerInnen  
gestalten*

In Europa gibt es nach wie vor ein Demokratiedefizit. So hat das Europäische Parlament (EP) zwar seit 1979 eine schrittweise Aufwertung erfahren, es besitzt aber trotzdem immer noch nicht die vollen Rechte eines ordentlichen Parlamentes.

Zudem ist der europäische Entscheidungsprozess ineffektiv und undemokratisch. Die immer stärker zwischenstaatliche Abstimmung zwischen nationalen Regierungen ist längst zur Handelsmaxime konservativer Europapolitik geworden. Sie ist aber nicht Lösung, sondern Teil des Problems. Denn im Kontext nationaler Wahlen sind Rechtsbeugung und -bruch von europäischen Regeln vorbestimmt.

Ein weiteres Problem ist das ungleiche Vorgehen bei Regelverstößen in der EU. Wird gegen die Verschuldungskriterien verstoßen, werden Strafzahlungen angedroht, bei Verstößen gegen Rechtsstaatlichkeit und Pressefreiheit gibt es keine ähnlichen Konsequenzen. Das liegt auch daran, dass der Europäische Rat einstimmig über Maßnahmen gegen Staaten entscheiden müsste, die gegen rechtsstaatliche Prinzipien verstoßen, so dass der betroffene Staat immer sein Veto einlegen kann.

#### **Deshalb fordern wir**

- **die Aufwertung und Ausweitung der Entscheidungsbefugnisse des EP (etwa durch mehr Mitbestimmungsrechte in der Haushalts- und Wirtschaftspolitik, ein geteiltes Initiativrecht mit der Kommission, die Unterstellung der Kommission unter das EP)**
- **Das EP soll Gesetzgebungskompetenz und weitere Kontrollrechte gegenüber der Europäischen Kommission, sowie dem Europäischen Rat erhalten.**
- **Mehr Transparenz in den europäischen Entscheidungsprozessen.**

*Europa demokratischer gestalten*

- **Eine Aufhebung der Einstimmigkeitsregelung im Europäischen Rat bei Verstößen gegen rechtsstaatliche Prinzipien innerhalb einzelner Mitgliedstaaten.**
- **Alle Lobbyisten müssen sich registrieren lassen und dabei die Namen ihrer Kunden angeben, wie viel Geld sie erhalten und wann sie sich mit (gewählten und nicht gewählten) Vertretern Europas getroffen haben.**

## **Flüchtlinge**

65 Millionen Menschen sind inzwischen auf der Flucht. Die Gründe dafür sind vielfältig. Sie reichen von politischer Verfolgung über Armut und Hunger bis hin zu Kriegen und bewaffneten Auseinandersetzungen. Die meisten von ihnen halten sich außerhalb Europas auf, vor allem in den Nachbarländern der betroffenen Staaten. Nur die wenigsten machen sich auf die gefährliche Reise nach Europa. Viele von ihnen verlieren auf dem Weg, vor allem bei der Überquerung des Mittelmeers ihr Leben. Jeder Tote ist einer zu viel!

Die Schuld daran tragen auch wir Europäer. Wir tun zu wenig, um Fluchtursachen zu beseitigen. Durch unseren Wirtschaftsdruck und Waffenexporte tragen wir dazu bei, dass diese überhaupt entstehen. Wir unterstützen die Nachbarländer der Herkunftsstaaten, in denen sich die meisten Flüchtlinge aufhalten, nicht ausreichend. Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union nehmen zu wenige Flüchtlinge auf, und immer noch gibt es keine vernünftige Möglichkeit, legal in die EU einzureisen.

Durch die Dublin-Regelung, nach der Flüchtlinge nur in dem Land einen Asylantrag stellen dürfen, über das sie in die EU eingereist sind, werden die Länder im Süden Europas unverhältnismäßig stark belastet.

Als reiches Land tragen wir internationale Verantwortung. Wir können und wollen Menschen Schutz und Zuflucht bieten. Wir haben eine breite solidarische Flüchtlingshelferbewegung, die Flüchtlingspolitik in Deutschland geprägt hat. Die Verteidigung von Menschenrechten und des Asylrechtes ergibt sich direkt aus den Grundwerten der SPD.

*Europäische Flüchtlingspolitik  
muss Fluchtursachen  
bekämpfen und  
Menschenrechte garantieren*

### **Deshalb fordern wir**

- Die Mitgliedstaaten der EU müssen sich auf eine gemeinsame Verteilung der Flüchtlinge auf alle EU-Mitgliedstaaten einigen.
- Wir wollen Fluchtursachen bekämpfen, damit Menschen in ihrer Heimat für sich und ihre Familien Perspektiven finden und in Sicherheit leben können.
- Kurzfristig müssen die Einrichtungen der Vereinten Nationen mit den erforderlichen Mitteln ausgestattet werden.
- Wir wollen, dass die europäische Abschottungspolitik aufhört und die Staaten Europas sichere und legale Fluchtwege ermöglichen.
- Wir wollen, dass der Bund allein für die Erstaufnahme verantwortlich ist, die Registrierung sowie Erstuntersuchung übernimmt und die Entscheidung über Asylanträge innerhalb von drei Monaten bewältigt. Länder und Kommunen sind für die weitere Unterbringung und Integration zuständig und mit entsprechenden finanziellen Mitteln auszustatten.
- Wir wollen, dass sich auch die Stärksten in der Gesellschaft angemessen beteiligen, so dass der Staat auch finanzielle Herausforderungen, wie den Zuzug von Menschen, bewältigen kann.
- die volle Wiederherstellung des Asylrechts.
- Die Schaffung eines Europäischen Einwanderungsgesetzes.
- Deutschland soll sich auf EU-Ebene für die Abschaffung der Dublin-III-Regelung einsetzen.
- Das fragwürdige Abkommen mit der Türkei lehnen wir in dieser Form ab und fordern nach den innenpolitischen Entwicklungen in der Türkei eine kritische Überprüfung der Beziehungen zu Ankara.

## **TTIP/CETA**

Die Freihandelsabkommen Europas mit Kanada und den USA sind Ausdruck einer auf reinem Wettbewerb und Gewinnorientierung ausgerichteten und letztlich Demokratie und Staat aushebelnden Wirtschaftspolitik. Die Freihandelsabkommen verbessern aber nicht die Lebensbedingungen der Menschen, sondern dienen ausschließlich der Sicherung und Verbesserung der Profite von Großkonzernen. Damit sind die Freihandelsabkommen ein geopolitisches Projekt.

Das kann und darf nicht im Interesse eines Europas sein, das wir wollen. Wir wollen ein demokratisches, gerechtes und solidarisches Europa.

Zweifellos wurden durch den starken öffentlichen Druck und das Engagement von Sigmar Gabriel Verbesserungen im Vertragstext von CETA erreicht. Aber an vielen Stellen sind die roten Linien, die der Parteikonvent im September 2014 beschlossen hatte, in CETA nicht eingehalten. Es bestünde die Chance, durch Nachverhandlungen die offenen Punkte und Probleme im Vertrag zu lösen. Diese wurden aber ausgeschlossen. Es ist fraglich, ob der nun veranschlagte Weg über Zusatzvereinbarungen und Interpretationshilfen erfolgreich sein wird, zumal die SPD dafür weiterhin kaum Partner im Europäischen Parlament und im Bundestag hat. Wenn die von der SPD aufgestellten Bedingungen nicht erfüllt werden, darf keine Zustimmung vonseiten der sozialdemokratischen Abgeordneten für CETA erfolgen.

*Freihandelsabkommen müssen  
den BürgerInnen dienen*

### **Deshalb fordern wir**

- **Die vom Parteikonvent im September 2014 beschlossenen 14 Punkte an die Handelsabkommen TTIP und CETA müssen alle gleichermaßen erfüllt werden. CETA darf in der vorliegenden Fassung nicht ratifiziert werden.**
- **Weitere Entscheidungen zu den Handelsabkommen werden mindestens auf einem Bundesparteitag gefasst.**

- Die Handelsabkommen können ohne Zustimmung der nationalen Parlamente in den Mitgliedstaaten nicht in Kraft treten.
- Den Abbruch der Verhandlungen zum TISA-Abkommen.
- Die Etablierung einer multilateralen, entwicklungsfreundlichen und fairen Handelspolitik.